



Die (Ohn-)Macht des Unwesentlichen

Wild mit Tasern um sich ballende Polizisten, so oder so ähnlich scheinen aktuelle Horrorvisionen der Schwedener Landtagsopposition auszusehen. „Elektroschocker gegen Demonstranten“, wie vor einigen Wochen eine Tageszeitung titelte, hing während der gesamten Diskussion unausgesprochen, aber latent im Raum.

Sachargumente mehrerer zu einer öffentlichen Anhörung zur SOG-Novelle geladenen Experten verpufften. Auch der Verweis darauf, dass die sechs (!!!) für M-V zu beschaffenden Taser ausschließlich in den Spezialeinheiten zum Einsatz kommen und rechtlich als Waffe unterhalb der Schusswaffe behandelt werden, führte zu keinem Ergebnis. So wichtig wie die Diskussion war, letztendlich blieben andere, gleichermaßen wichtige Kritikpunkte zum künftigen SOG auf der Strecke.

Fazit: Schade – es gab schon konstruktivere Anhörungen.

Auch unsere Kritik an der Entwicklung des SOG M-V vom Polizeigesetz zum „Beschäftigungssicherungsgesetz“ für Volljuristen wurde während der Anhörung auf dem parlamentarischen Altar der Taser-Diskussion geopfert. Verklauusulierte und verwinkelte Querverweise, unstrukturierte und komplexe Vorschriften im SOG führen wohl zukünftig dazu, dass unsere Bullis zu mobilen Bibliotheken ausgebaut werden.

Beispiel gefällig?

§ 27 Absatz 4 (neu), in dem es „lediglich“ um die Erhebung „unwichtiger“ personenbezogener Daten, wie Angaben zu politischen Meinungen, zur ethnischen Herkunft, zum Sexualleben oder gar zur Gewerkschaftszugehörigkeit geht, verweist zunächst auf § 7 (2) Landesdatenschutzgesetz, gefolgt von einem Verweis auf § 27 Absatz 1, Nr. 1–3 und § 27 Absatz Nr. 1 SOG, die wiederum auf die §§ 69, 70, 71 und 49 SOG verweisen. Allerdings unter Beachtung des § 68 SOG! Wer meint, nun am Ende der Verweise angekommen zu sein, der irrt, denn nun müssen wir uns noch den Bestimmungen des § 49 SOG zuwenden und der führt uns zu den §§ 86, 86a, 95, 129, 130, 310, ..., 324–330 StGB, dicht gefolgt vom § 52 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe c und d WaffG, § 29 Absatz 3 Satz 2 Nr. 1 BtMG und nicht zu vergessen, § 95 (2) AufenthG.



Michael Silkeit, Landesvorsitzender der GdP Mecklenburg-Vorpommern

Foto: C. Kettler

Ja nun, so schlimm ist es auch wieder nicht. Nach der tausendsten Herleitung geht uns auch der § 27 (4) SOG in Fleisch und Blut über. Und dann geht's weiter getreu dem Motto: „Ein guter Polizist findet für jedes Problem eine Lösung. Ein guter Jurist findet für jede Lösung ein Problem.“

Selbige müssen wohl auch bei den hochministeriellen Worten unseres Innenministers anlässlich der Veröffentlichung des Interessenbekundungsverfahrens am Werke gewesen sein. Wie man hörte, wechselten stundenlang die unterschiedlichsten Entwürfe den Besitzer. Was zum Schluss als Ergebnis rauskam, ist eigentlich nur noch unter der Rubrik Peinlichkeiten abzulegen. Einen mit erheblichen Konsequenzen versehenen Eingriff in die berufliche Entwicklung vieler hunderter Kolleginnen und Kollegen mit derart knappen, platten Worten einzuleiten, kann nur peinlich genannt werden. Hoffentlich besinnen sich jetzt

im Auswahlverfahren alle Verantwortlichen darauf, dass sie es mit Menschen und deren Einzelschicksalen zu tun haben.

Michael Silkeit

Schlagzeilen

Nordkurier vom 5. November 2010: „Experten kritisieren bei der Anhörung im Innenausschuss die geplante Reform des Ordnungs- und Sicherheitsgesetzes im Nordosten“. „Das Ganze ist überfrachtet und wird deshalb vielleicht bei Klagen vor Gericht nicht haltbar sein“, sagte bei der öffentlichen Anhörung im Innenausschuss GdP-Landeschef **Michael Silkeit**. Der **Datenschutzbeauftragte M-V** sieht unter anderem Probleme beim Einsatz des Kfz-Kennzeichenlesegerätes, bei der Videoaufzeichnung und beim Erstellen von Bewegungsprofilen. Letzteres solle unter Richtervorbehalt gestellt werden, schlug seine Behörde vor. Auch die geplante Telekommunikationsüberwachung steht in der Kritik. „Ich glaube, dass wir bestimmte Vorschriften präzisieren sollten“, sagte denn auch nach der Anhörung Ausschussvorsitzender **Gottfried Timm (SPD)** gegenüber dem Nordkurier. Timm nannte in dem Zusammenhang die Ortung per Handy. „Die Vorschrift sollte nicht so offen formuliert sein, wie im Entwurf“, meinte er. Eine Einschränkung auf die Suche bei Suizid- und Vermisstenfällen sei denkbar. Nach wie vor aber befürwortete er die Anschaffung von so genannten Elektroschockern beziehungsweise Tasern, die Spezialeinheiten bei Geiselnahmen und Suizid-Gefahr einsetzen sollen. **Abgeordnete der Linken** kritisierten dies erneut. **Experten der Polizei aus Berlin** und von der **Hochschule der Polizei**, die das Gerät demonstrierten, befürworteten den Einsatz. In zwölf Bundesländern seien die Taser bereits zugelassen, in neun werden sie auch eingesetzt.



Die Kreisgruppe Rostock gratuliert den Kolleginnen und Kollegen, die im Monat Dezember folgende Jubiläen begehen:

50. Geburtstag: Klaus Dieter Steinke, Norbert Gast.

Die Kreisgruppe LKA MV gratuliert Kollegin Renate Rosenheinrich zum **60. Geburtstag**.



REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Januar 2011 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 3. 12. 2010. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Leserschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (03 85) 20 84 18-10
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

GdP M-V fordert erneut Einführung sogenannter Taser für Spezialeinheiten

Anlässlich einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zum Entwurf eines Fünften Änderungsgesetzes zum SOG M-V forderte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Silkeit, erneut die Einführung von Tasern für die Spezialeinheiten der Landespolizei M-V.

Silkeit wörtlich: „Mit dem Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten, kurz Taser, geben wir den Kolleginnen und Kollegen in den Spezialeinheiten eine Waffe in die Hand, deren schädigende Wirkung deutlich unter der von Schusswaffen liegt. Bei Geisellagen können Taser unter bestimmten Bedingungen die weitaus humanere Alternative zu Schusswaffen darstellen.“

Auch der Vertreter des Polizeitechnischen Instituts (PTI) der Hochschule der Polizei sowie ein Vertreter der Berliner Polizei, die bereits seit ca. zehn Jahren auf Taser in Spezialeinheiten zurückgreift, sprachen sich für einen Einsatz in M-V aus.

Ein zentraler Punkt in der Diskussion, nicht nur aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei, stellte die Entwicklung des Polizeirechts in Deutschland dar. Sowohl nach Ansicht der GdP als auch anderer Rechtsexperten wird dieses immer diffuser und immer weniger den Ansprüchen auf Rechtssicherheit und Rechtsklarheit gerecht.

Prof. Hartmut Aden vom Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin schätzte ein: Die neue Entwicklung der Polizeigesetze, ..., führt dazu, „... dass viele polizeigesetzliche Bestimmungen trotz intensiver Rechtsausbildung für Polizeikräfte ... heute nicht mehr aus sich heraus verständlich sind ...“

Weitere Themenschwerpunkte waren:

- die Regelungen zur Bildbeobachtung sowie Bild- und Tonaufzeichnung (§ 32 Absatz 3 und 4);
- die Regelungen zur präventiven Telekommunikationsüberwachung (§ 34a);
- der Einsatz technischer Mittel zur Erkennung von Kraftfahrzeugkennzeichen (§ 43a)

und andere Ergänzungen des SOG.

Den Gesetzentwurf sowie die Stellungnahme der GdP findet Ihr im Mitgliederbereich unter www.gdp.de/MV.

Der Landesvorstand

LANDESMEDIEN

+++ Schlagzeilen +++

Innenministerium M-V am 5. November 2010: „Caffier fordert Moratorium der Einsparbemühungen bei den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern“: Angesichts der derzeit bundesweit diskutierten Einsparvorhaben bei den Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern stellt Innenminister Lorenz Caffier fest: „Die derzeit in Bund und Ländern diskutierten Einsparpotenziale bei den Sicherheitsbehörden gehören alle auf den Prüfstand. Wenn nach den Sprengstoffunden

in Postsendungen auch die Überwachung des Luftfrachtverkehrs in den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei fallen soll, dürfen dort jetzt nicht 1000 Stellen gestrichen werden. Die Bundesrepublik Deutschland steht nach wie vor im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus.

Insofern dürfen die Sicherheitsbehörden jetzt nicht personell und materiell geschwächt werden“, so Innenminister Caffier.



LANDESVORSTAND

Hauptpersonalrat der Polizei wird nun beteiligt

In einem Schreiben an die Gewerkschaft der Polizei (GdP) teilte Innenminister Caffier mit, dass für Ende Oktober 2010 die Bildung einer Arbeitsgruppe „Kfz“ vorgesehen ist, die „vor dem Hintergrund einer immer angespannteren Finanzsituation im öffentlichen Dienst und der Umsetzung der Polizeistrukturereform, ..., die zukünftige Zusammensetzung des Fuhrparks der Landespolizei neu zu bestimmen ...“ hat. Einen entsprechenden Vorschlag soll die Arbeitsgruppe bis Ende des Jahres dem Minister vorlegen.

Unruhe hatte es im September gegeben (wir berichteten), weil Zahlen bekannt wurden, die eine Reduzierung des Fuhrparks bis zu 25% vorsahen.

Laut Caffier hätte es sich dabei aber lediglich um „Vorüberlegungen“ des LPBK M-V und der Aufbaustäbe der zukünftigen Polizeipräsidien gehandelt.

„Wir werden die Arbeit der Arbeitsgruppe und besonders deren Ergebnisse einer kritischen Betrachtung unterzie-



hen. Wer mit einer neuen Polizeistruktur mehr Mobilität von der Polizei erwartet,

darf diese nicht durch die Beschneidung des Fuhrparks beschränken“, so der Landesvorsitzende der GdP, Michael Silkeit.

Silkeit weiter: „Schon heute klemmt es täglich auf den Polizeirevieren, wenn beispielsweise die Einsatzeinheiten ausrücken. Dieses Problem wird sich in Zukunft eher verschärfen. Deshalb kann es eine Kfz-Bemessung nur anhand der realen Lage geben.“

Der Landesvorstand

GESETZENTWURF

Veränderte Anordnungs-kompetenz für die Entnahme von Blutproben beschlossen

Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU): „Die Gesetzesinitiative zur Abschaffung des Richtervorbehalts bei Blutentnahmen im Straßenverkehr war längst überfällig!“

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung dem Gesetzentwurf zur Abschaffung des Richtervorbehalts bei Blutentnahmen im Straßenverkehr zugestimmt.

Justizministerin Kuder (Foto): „Diese Länderinitiative war überfällig! Die Anordnung ärztlicher Blutprobenentnahmen bei Verdacht alkohol- und drogenbedingter Straßenverkehrsdelikte ist mittlerweile so häufig erforderlich, dass unbedingt eine praxistaugliche Lösung gefunden werden musste.“ Alkohol und Drogen im Straßenverkehr sind die Hauptursachen für Verkehrsunfälle mit schweren, sehr oft tödlichen Folgen. Und häufig sind andere Verkehrsteilnehmer die Opfer. „Deshalb muss jeder alkoholisierte oder unter Betäubungsmitteln stehende Fahrzeugführer wissen: Solche gemeingefährlichen Straftaten werden in Mecklenburg-Vorpommern

auch weiterhin konsequent verfolgt“, erläutert Ministerin Kuder.

In der Vergangenheit wurden Blutentnahmen überwiegend ohne richterlichen Beschluss angeordnet, um die erforderlichen gerichtsfesten Beweise sofort zu sichern. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2007 haben einige Gerichte die Eilkompetenz der Polizei in Frage gestellt. Das führte zu einem Beweisverwertungsverbot für die so gewonnenen Blutproben.

Ministerin Kuder: „Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, vor allem aber unsere Polizeibeamten, Staatsanwälte und Richter brauchen Rechtssicherheit. Und ich habe für die verfassungsrechtliche Sicherstellung einer effektiven Strafverfolgung zu sorgen!“ Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird erreicht, dass die Anordnung von Blut-

probenentnahmen zum Nachweis von Alkohol, Betäubungsmitteln und Medikamenten auch bei Verkehrsordnungswidrigkeiten nicht mehr dem Richtervorbehalt unterliegt. Statt dessen werden die Polizeibeamten und Staatsanwälte zur Anordnung ermächtigt.

Ministerin Kuder: „Wir halten damit an der bewährten Praxis fest!“ Der Gesetzentwurf stellt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Interessen der Allgemeinheit und der Betroffenen her. Der mit der Blutentnahme verbundene körperliche Eingriff ist vergleichsweise gering, weil die Entnahme nur durch einen Arzt durchgeführt werden darf. „Dagegen sind Fahrten unter Alkohol- und Betäubungsmitteln Straftaten mit einem erheblichen Gefährdungspotenzial.“

Justizministerium M-V



+++ Schlagzeilen +++

+++ Ostsee-Zeitung vom 5. November 2010: „320 Millionen mehr Steuern für M-V – Digitaler Polizeifunk kommt in M-V verspätet und wird viel teurer“.

Die geplante Einführung des Digitalfunks für Polizei und Rettungskräfte in M-V droht zu einem finanziellen, technischen und sicherheitspolitischen Desaster zu werden. Wie Innenminister Lorenz Caffier (CDU) der OZ bestätigte, wird sich der flächendeckende Betrieb der neuen Technik in M-V aller Voraussicht nach bis 2014 verzögern – und verteuern. Aus 5,2 Milliarden Euro Gesamtkosten wurden 7,2 Milliarden – mit enormen Risiken für die mitfinanzierenden Haushalte der Länder und die Sicherheit der Beamten.

Analogfunk wird gebraucht

Solange der Digitalfunk noch seine Kinderkrankheiten auskuriert, wird der Analogfunk dringend gebraucht. Der jedoch ist völlig veraltet. Ersatzteile? Fehl-

anzeige. Polizisten gehen bereits mit Handys auf Streife. Es ist ein Jammer!

+++ Deutsche Presse Agentur vom 27. Oktober 2010: In Mecklenburg-Vorpommern hat sich die **Internetkriminalität** im vergangenen Jahr gegenüber 2008 fast verdoppelt. Sie nahm damit deutlich stärker zu als bundesweit, wo knapp ein Viertel mehr Straftaten registriert wurden, wie Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister **Lorenz Caffier (CDU)** auf einer internationalen Sicherheitskonferenz in Schwerin sagte. In diesem Jahr und in der Zukunft rechne er mit einem weiteren Anstieg im Nordosten. Internetkriminalität sei aber ein globales Problem: „Das Internet hat sich weltweit zum größten Tatort entwickelt“, sagte der Minister.

+++ Deutsche Presse Agentur vom 27. Oktober 2010: Zum personellen Einsatz des BKA beim Löschen von kinderpornographischen Seiten im Internet erklärt der rechtspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Parlamentarische Geschäftsführer **Christian Ahrendt**: „Die

Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet hat höchste Priorität. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, weshalb das BKA von über 5000 Beschäftigten gerade mal sechs Stellen für das Löschen von kinderpornographischen Inhalten im Internet besetzt. Missbrauchsdarstellungen können nur mit einer umfassenden Löschrategie bekämpft werden. Die zuletzt betriebene Kampagne zur Vorratsdatenspeicherung durch das BKA ist offenbar so zeit- und personalintensiv, dass die Bekämpfung der Kinderpornographie hinten ansteht. Das BKA sollte sich auf seine Kernaufgaben beschränken“.

+++ Schweriner Volkszeitung vom 19. Oktober 2010: Nur 36,5 Prozent aller 9893 Fälle von Unfallflucht wurden in Mecklenburg-Vorpommern 2009 von der Polizei aufgeklärt. Wie das Innenministerium auf Anfrage der Redaktion mitteilte, ist die Aufklärungsquote nach flüchtigen Autofahrern nach Verkehrsunfällen mit Verletzten und Toten jedoch „deutlich“ höher und beträgt 42,8 Prozent. **+++**

SPORT

PLM im Kleinfeldfußball

Am 23. 9. 2010 fand die Polizeilandesmeisterschaft wie im Vorjahr auf dem Sportplatz des Laager SV statt. Die Rahmenbedingungen konnten kaum besser sein, ein frisch gemähter Rasenplatz und den ganzen Tag Sonnenschein satt. Insgesamt nahmen neun Behörden an der Meisterschaft teil.

Nachdem der Fachwart Fußball das Turnier eröffnet hatte, wurde im Modus „Jeder gegen Jeden“ gespielt. In insgesamt 36 Spielen à 15 Minuten wurden letztlich 77 Tore erzielt. Von Anfang an stellte sich die Frage, ob es dieses Jahr gelingen wird, die seit vielen Jahren dominierende Mannschaft der Bereitschaftspolizei vom Thron zu stoßen. In diesem Jahr wurde es dem Landesmeister zumindest nicht einfach gemacht, das Turnier war ausgeglichen wie schon lange nicht mehr. Allein zwölf Spiele endeten unentschieden und am Ende musste das Torverhältnis über den Turniersieger entscheiden, da die drei erstplatzierten Mannschaften dieselbe Punktzahl erreicht hatten. Auch die PD Neubrandenburg, die letztlich auf Platz 5 landete, hätte mit einem Sieg im letzten Spiel das Turnier gewinnen können. Sie verloren jedoch das besagte Spiel gegen unseren

polizeilichen Nachwuchs von der Fachhochschule mit 0:2. Den Mannschaften der WSPD und der PD Schwerin ging zum Ende des Turniers ein wenig die Luft aus, was aber hauptsächlich der geringen Spieleranzahl geschuldet war. Obwohl die Spiele hart umkämpft waren, ging es sehr fair auf dem Spielfeld zu, so dass die gut aufgelegten Schiedsrichter keine Probleme hatten, die Partien zu leiten. Erfreulich war auch, dass es zu keinen nennenswerten Verletzungen kam. Am Ende einer rundum gelungenen Veranstaltung hieß der alte und neue Landesmeister – etwas glücklich, aber auch nicht unverdient – Bereitschaftspolizei M-V. Ein großes Dankeschön gilt allen Unterstützern und Organisatoren des Turniers, insbesondere Heiko Nagel und seinem Team aus der 2. BPH für die hervorragende Unterstützung bei der Vorbereitung und



Durchführung der Veranstaltung, Schwester Anna und Dr. Thüne vom Polizeiärztlichen Dienst aus Güstrow sowie den Schiedsrichtern Wolfgang Herold, Lutz Pfennigsdorf und Marko Henschel. Ebenso danke ich natürlich allen Kollegen in den Dienststellen, die für den Zeitraum den Dienstbetrieb aufrechterhalten und den Spielern und der Spielerin Sandra Tank aus Anklam so eine Teilnahme ermöglicht haben.

Übersicht

1. Platz Bereitschaftspolizei
2. Platz Landeskriminalamt
3. Platz Fachhochschule
4. Platz PD Anklam
5. Platz PD Neubrandenburg
6. Platz PD Rostock
7. Platz PD Stralsund
8. Platz WSPD M-V
9. Platz PD Schwerin



CASTOR-TRANSPORT(E)

Castor-Alarm nun auch in M-V!

Castor-Transporte nach Gorleben

Bei den Protesten gegen den Atom-müll-Transport nach Gorleben (Niedersachsen) waren auch rund 250 Polizisten aus Mecklenburg-Vorpommern im Einsatz. Beteiligt seien zwei Hundertschaften und eine Beweissicherungs- und Festnahmeinheit der Bereitschaftspolizei sowie eine technische Einheit, sagte am 5. November 2010 ein Sprecher des Innenministeriums in Schwerin.

Castor-Transporte nach Lubmin

Für Dezember 2010 und im Frühjahr 2011 sind auch Castor-Transporte ins Zwischenlager Lubmin geplant, gegen die Atomkraftgegner Protestaktionen angekündigt haben. Dann werden auch Polizeieinheiten aus anderen Bundesländern in Mecklenburg-Vorpommern erwartet.

Nach den Protesten im Wendland bereiten sich jetzt die Anti-Atomkraft-Aktivistinnen in Mecklenburg-Vorpommern auf massenhafte Aktionen gegen den vor Weihnachten geplanten Castor-Transport nach Lubmin vor. Im Unterschied zu früheren Protesten, zum Beispiel bei der Überführung von Brennstäben aus dem stillgelegten Kernkraftwerk Rheinsberg im Mai 2001, rechne man diesmal mit dem bislang größten Widerstand seit Abschaltung der ostdeutschen Kernkraftwerke 1990, sagte der Rügener Gastwirt Torsten Jelinski. Das Mitglied des Grünen-Kreisverbandes Rügen hatte bereits Ende Oktober in Thiessow eine Demonstration von 500 Atomkraftgegnern organisiert.

Derzeit stimmen die ortsansässigen Initiativen zusammen mit Atomkraftgegnern aus Gorleben sowie Umweltorganisationen wie Greenpeace Aktivitäten untereinander ab, sagte Jelinski. Details nannte er nicht. Es sei jedoch mit Widerstand entlang des gesamten Bahnkorridors quer durch Mecklenburg-Vorpommern zu rechnen.

Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern riefen am 9. November 2010 auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz in Neubrandenburg zu einer Demonstration gegen diesen Castor-Transport auf. Es müsse ein Zeichen gesetzt werden, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern „Atom-müll vor unserer Haustür“ nicht gewollt sei, sagte Jelinski. An den Protesten gegen

den Castor-Transport nach Gorleben hatten sich auch mehr als 400 Atomkraftgegner aus Mecklenburg-Vorpommern beteiligt, die mit acht Bussen sowie mit der Bahn ins Wendland gereist waren.

Übernahme der Kosten

Innenminister Lorenz Caffier fordert vom Bund die Übernahme der Kosten des Castor-Transportes nach Mecklenburg-Vorpommern: „Die Zwischenlagerung des Atommülls in Mecklenburg-Vorpommern ist allein durch die Bundesregierung beschlossen worden. Auf diese Entscheidungsprozesse hatten wir als Land weder politischen noch rechtlichen Einfluss. Auch das Zwischenlager Nord in Lubmin steht im alleinigen Eigentum des Bundes. Deswegen ist die Forderung nach Übernahme der Kosten folgerichtig“, so Lorenz Caffier. Nach jetzigem Stand der Planung belaufen sich die Mehrkosten für Personal, Unterkünfte, Sachmittel und Verpflegung für die Begleitung und Sicherung des Castoren-Transportes in das Zwischenlager Nord in Lubmin allein im Dezember 2010 auf 1,2 Millionen Euro.

4 Castoren – 52 Brennelemente

Die Energiewerke Nord GmbH (EWN) werden vor Weihnachten vier Castor-Behälter mit 52 Brennelementen im ZLN einlagern. Der hoch radioaktive Brennstoff stammt aus dem mit einem Kernreaktor ausgestatteten und 1979 stillgelegten Frachter „Otto Hahn“ in Geesthacht sowie dem Nuklearforschungszentrum Karlsruhe. Das Material befindet sich gegenwärtig in der Wiederaufarbeitungsanlage im südfranzösischen Cadarache. Zur Absicherung des Transports sollen Medienberichten zufolge bis zu 6500 Polizeibeamte zum Einsatz kommen.

Frühjahr 2011

Im Frühjahr 2011 ist zudem die Überführung von fünf Castor-Behältern mit radioaktiven Plutonium-Uran-Abfällen geplant. Dabei handle es sich um etwa 60 000 Liter Flüssigkeiten aus dem Betrieb der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe, einem EWN-Tochterunter-

nehmen, sagte Unternehmenssprecher Armin Lau. Die Substanzen seien in Glas eingeschmolzen und zu etwa 140 jeweils mehr als einen Meter hohen Kokillen verarbeitet worden.

Ängste und Widerstände

Die Laufzeitverlängerung für deutsche Kernkraftwerke und die wieder erstarrende Anti-Atom-Bewegung schüren Ängste und Widerstände innerhalb der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern. Vertreter von SPD und CDU laufen Sturm gegen den Chef der bundeseigenen Energiewerke Nord (EWN), Dieter Rittscher. Innenminister Lorenz Caffier (CDU) sagte der OSTSEE-ZEITUNG, es gebe Hinweise, dass der EWN-



Transportbehälterlager im ZLN mit 65 Castoren Foto: EWN Lubmin

Chef massiv daran arbeite, vom Bund eine Genehmigung für die Aufnahme weiterer Castor-Behälter mit hochradioaktiven Abfällen zu erhalten. SPD-Fraktionschef Nieszery erklärte, mit der Einlagerung dieser Castoren sei die genehmigte Kapazität in Lubmin eigentlich erschöpft. Besorgt zeigten sich Caffier und Nieszery vor allem darüber, dass dem Land die Hände gebunden sind. Die Entscheidung, weitere Castoren in Lubmin einzulagern, liege allein in der Befugnis von Bundesbehörden. In der Debatte um die Lagerung von hoch radioaktivem Atommüll im Zwischenlager Lubmin haben die Energiewerke Nord Aussagen zur Einlagerung weiterer Castor-Behälter jedoch zurückgewiesen. „Es gibt keine Pläne und es gibt keinen Bedarf, weitere als die bisher genehmigten Kernbrennstoffe im Zwischenlager Nord zu lagern“, sagte EWN-Geschäftsführer Dieter Rittscher.

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Gewerkschaft der Polizei beim
CASTOR 2010 vor Ort dabei

Die GdP Mecklenburg-Vorpommern war mit einem Betreuungsteam vor Ort.

Wie in den meisten der zurückliegenden Jahre auch wartete im November für die Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei M-V wieder der Castor-Transport ins Wendland nach Gorleben als ein „Einsatzhighlight“ auf unsere Kolleginnen und Kollegen. Bereits am Donnerstag, dem 4. November 2010, ging es in Richtung unserer Unterkunft für die nächsten Tage nach Detelsdorf.

Gemeinsam mit Berliner Kollegen hatten wir Teile der Transportstrecke Nord abzusichern. Die erste Nachtschicht begann am Freitag, dem 5. November 2010.

Über mehrere Tage begleitet

Der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei und unsere Kreisgruppe haben diesen Einsatz über mehrere Tage begleitet. Mit dem „Einsatzmobil“, unserem GdP-Kleintransporter, waren immer mindestens zwei Kollegen im Einsatzraum unserer Einsatzkräfte unterwegs. Kleine Werbe- und Streumittel aus unserem Werbemittelkatalog sowie kleine Snacks fanden einen guten Anklang bei den eingesetzten Beamtinnen und Beamten. Wegen der frostigen Temperaturen in den Nächten waren die „kleinen grünen Handwärmer“ schnell vergriffen.

Für den zu erwartenden Großeinsatz Castor/Lubmin werden wir uns diesbezüglich noch großzügiger eindecken. Auch dort wird die Gewerkschaft der Polizei wieder vor Ort unsere Kolleginnen und Kollegen betreuen.

Auf die GdP ist immer Verlass.

Jörn Liebig

„Miejski Dzien Seniora“ in Swinoujscie

„Einladung anlässlich des Städtischen Seniorentages der Stadt Swinoujscie am 15. Oktober 2010“. Unterschrieben vom Bürgermeister der Stadt Janusz Zmurkiewicz persönlich. Grund genug für sieben Mitglieder des Landesseniorenvorstandes der GdP, sich am frühen Morgen des 15. Oktober auf den Weg zu machen.

Für mich war es die erste Reise zu unseren polnischen Freunden. Und mit Neugierde und Spannung stieg ich in Lutz Freitags (stellv. Landesseniorenvorsitzender) PKW.

Schon die Fahrt in den Morgen hat das frühe Aufstehen gelohnt. Ein wunderschöner Sonnenaufgang, den wir dank der Fahrt gen Osten über viele Minuten genießen konnten, vertrieb selbst meine Morgenmuffelstimmung. Zeitig in Ahlbeck angekommen, trafen wir uns dort mit unserem Landesseniorenvorsitzenden Hans Wederka. Jörg Feldhusen, Vorsitzender der Seniorengruppe Rostock, dessen Stellvertreter Heinz Brüsehaber und der stellvertretende Landesseniorenvorsitzende Karl-Heinz Kirst begleiteten ihn. Gemeinsam fuhren wir nun nach Swinoujscie. Hier wurden wir sehr herzlich vom Verantwortlichen für Rentner und Invaliden ehemaliger Angehöriger der polnischen Polizei empfangen. Erstaunt und überrascht nahm ich seinen Handkuss entgegen. Später stellte ich dann fest, dass es in Polen durchaus normal ist, dass Frauen auf diese charmante Art begrüßt werden.

Nachdem der Theatersaal des Städtischen Kulturhauses gefüllt und wir als Ehrengäste in der 2. Reihe Platz genommen hatten, nicht ohne von vielen anderen Damen und Herren begrüßt und geküsst worden zu sein, begann die Veranstaltung mit dem Auftritt von drei schlesischen Kabarettisten, welche eine so gute Stimmung mit humorvollen Liedern und Sketchen verbreiteten, dass auch wir lachten und klatschten, obwohl wir kein Wort verstanden. Auch von den sich anschließenden Reden bekamen wir nur mit, dass wir als deutsche Gäste begrüßt wurden und die gute Zusammenarbeit zwischen uns und den polnischen Senioren immer wieder hervorgehoben wurde. Als Hans Wederka aus den Händen des Stadtpräsidenten die Ehrenplakette der 245 Jahre alten Stadt Swinoujscie entgegennahm, bekräftigte diese Geste, dass wir gern gesehene Gäste waren und ins-



besondere Hans aktive Bemühungen gewürdigt wurden. Auszeichnungen und Ehrungen lebensälterer Einwohner Swinoujscies für gute Vereinsarbeit zeigten, dass in dieser Stadt die Senioren einen festen Platz haben. Die Geehrten kamen z. B. aus Vereinen ehemaliger Marineangehöriger, ehemaliger Sibiriaker (Kriegsgefangene in Sibirien), ehemaliger Polizisten, aus dem Blindenverein, dem Diabetikerverein und dem Verein von allgemein Schwerbehinderten. Last, but not least überreichte der Stadtpräsident der ältesten Einwohnerin der Stadt, sie ist 98 Jahre alt, einen Blumenstrauß. Ja, und dann das kalte Büfett, reichlich und köstlich. Es muss allen hervorragend geschmeckt haben. Denn nach einer guten Stunde bestand es nur noch aus Salzgurken und Schmalzschnitten. Während des Essens gab es Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Die nächsten Aufgaben wurden diskutiert.

Angesprochen wurde der in diesem Jahr ausgefallene Gegenbesuch der polnischen Freunde in Mecklenburg-Vorpommern genauso wie die Vorbereitung der 4. Landesseniorenkonferenz im März 2011 in Güstrow. Selbstverständlich kamen auch persönliche Gespräche nicht zu kurz. Und wie es immer so ist. Die Zeit verging wie im Fluge. Der Aufenthalt bei unseren polnischen Freunden war in jeder Weise interessant und kurzweilig. Wir danken noch einmal für die Einladung und für die herzliche Aufnahme in Swinoujscie.

Christiane Otting



PERSONALRATSSMINAR

Im Arbeitszeitrecht geschult

In der Zeit vom 25. 10. bis 28. 10. 2010 fand das Tarifrrecht-Seminar zum Thema „Arbeitszeit im öffentlichen Dienst“ im Alago Hotel „Am See“ in Cambs bei Schwerin statt. 13 Seminarteilnehmer aus den Polizeidienststellen des Landes wollten sich mit dem Thema in den vier Tagen auseinandersetzen.

Am Vormittag des ersten Tages, nach der Begrüßung und Eröffnung durch Siegmund Brandt, gab es eine Einführung zum



Thema. Diese führte Rolf Thiel durch, auf den sich viele Teilnehmer freuten, da einige ihn schon aus vergangenen Seminaren als einen kompetenten und mit trockenem Humor agierenden Referenten kennen- und schätzengelernt haben. Er ist auch als Rentner nach wie vor sehr viel unterwegs in Sachen Tarifrrecht, wovon wir gern profitieren. Die Dritte im Bunde der Referenten war unsere „gute Seele“, die Rosi (Rosmarie Hartmann-Woisin).

Ich glaube, ich war nicht die Einzige, die gedacht hat, vier Tage über Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zu reden, was

soll das wohl werden, ist doch alles im TV-L geregelt.

Schon am zweiten Tag war uns klar, wie umfangreich und speziell sich das Thema Arbeitszeit gestaltet. Nicht nur der TV-L und das Arbeitszeitgesetz finden Anwendung, auch die EU-Arbeitszeitrichtlinie, getroffene Dienstvereinbarungen und Erlasse müssen bei der Arbeitszeitgestaltung und bei Einführung von Schichtmodellen mit herangezogen werden. Das ist für uns „Nichtjuristen“ teilweise eine ganz schöne Herausforderung.

Das Thema Mitbestimmung des Personalrates bei der Gestaltung der Arbeitszeit war ein Tagesordnungspunkt.

Solche Fragen wie:

- Welche Grenzen gelten für die tägliche/wöchentliche Arbeitszeit?
- Welche Mindestruhezeiten sind zu gewähren und sind Pausen vorgeschrieben?
- Welche Beschränkungen der Arbeitszeit gelten für die Nachtarbeit?
- Bei welchen Formen der Arbeit sind Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz erlaubt?
- Entsprechen die Vorschriften aus dem Arbeitszeitgesetz über die tägliche und



die wöchentliche Höchstarbeitszeit dem Europarecht?

- Schichtmodelle – passen sie in den vorgegebenen rechtlichen Rahmen?
- spielten u.a. eine Rolle und konnten an konkreten Beispielen von den Referenten erörtert und vertieft werden. Das gefiel uns gut. Ebenso hatten wir auch jederzeit die Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Am Nachmittag des dritten Tages gab es eine Erholungspause in Form eines etwas anderen geistigen Genusses. Wir machten uns nach dem Mittagessen auf den Weg ins Schweriner Schloss. Die liebe Rosi hatte eine Führung im Landtag und einen Besuch im Schlossmuseum organisiert. Leider konnten wir nicht ins Museum. Das war kurzfristig für Besucher gesperrt.

Die vier Tage vergingen wie immer viel zu schnell. Die Seminarteilnehmer waren sich einig, wir wünschen uns weitere Seminare dieser Art, da sie für eine gute Arbeit in den unterschiedlichsten Gremien wichtig und notwendig sind.

Angelika Hirsch

NEUBAU VON POLIZEIDIENSTSTELLEN

Baumaßnahme in Wolgast geht voran



Zu den gegenwärtigen Neubauten in der Landespolizei M-V zählt auch die Unterbringung des Polizeireviers, der Außenstelle des Kriminalkommissariates und der

Wasserschutzpolizeiinspektion in Wolgast.

Nach umfangreichen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen wird ein Neubau als zeitgemäßer Zweckbau am Ortseingang der Stadt Wolgast geplant. In drei Etagen werden moderne Büroräume mit den entsprechenden Nebenfunktionsbereichen entsprechend den Sicherheitsanforderungen der Dienststellen einge-



ordnet. Zurzeit gibt es jedoch viele Schwierigkeiten beim Bau zu meistern – so wie hier nur beispielgebend in den Fotos dargestellt.
KG Wolgast



Vergleichswettkampf der Spezialeinsatzkommandos (2)

Die vorletzte Übung „Light-Fire“ forderte präzise Zielbekämpfung unter Flacker-/Strobolichtverhältnissen. Die Übung begann mit dem Eindringen in einen völlig abgedunkelten Kellerraum. Danach musste ein Kriechgang bei null Sicht durchquert werden. Im eigentlichen Zielraum angelangt, bestand die Herausforderung darin, mit streng limitierter Schusszahl mehrere farblich markierte kreisförmige Zielerstellungen zu treffen. Erschwert wurde die Aufgabe dadurch, dass in geometrischen Formen gleichartige aber andersfarbige Zielerstellungen nicht getroffen werden durften. Und bei Dunkelheit und Flackerlicht auf vergleichsweise kleinen Zielflächen auch noch die Farben Blau und Grün zu unterscheiden, erwies sich für alle Wettkampfteams als Herausforderung auf höchstem Niveau. Nachdem alle Ziele bekämpft (auch hier war Abstimmung vonnöten) und die zugeordneten Zahlen-codes gefunden und kombiniert waren, konnte der Übungsraum mit Eingabe des richtigen Endcodes verlassen werden. Fehlende oder falsche Zielbekämpfung, ebenso wie falscher Endcode, wurde wiederum mit Zeitabzug bestraft.

Nach den fordernden vorherigen Einzelwettkämpfen wurde die Abschlussübung von allen mit Aufregung erwartet. Zum einen, weil es um einen Wettkampf aller Teams gegeneinander ging, zum anderen, weil hier noch wertvolle und vor allem die letzten Punkte für die Gesamtwertung zu holen waren. Der „Massenstart“ der Teams begann mit einer Kanustrecke. Danach ging es auf die Laufstrecke, auf der an verschiedenen Stationen Täterdaten (Alter, Personenbeschreibung, Straftaten etc.) bekanntgegeben und gemerkt werden mussten. Wendemarke bildete eine ca. 150 m lange

Bergstrecke, auf deren Gipfel ein Turm bestiegen werden musste. Oben angelangt wurden die bekanntgegebenen Daten abgefragt. Falsche Antworten wurden mit einem erneuten Turmlauf bestraft. Danach hieß es die letzten Kräfte zu mobilisieren und im Sprint die Strecke zurück zum Startpunkt zurückzulegen. Einziger Lichtblick bei dieser Quälerei war eine Grundschulklasse, die zufällig einen Ausflug auf besagten Berg unternommen hatte und jeden Kollegen, der den Gipfel erreichte, begeistert empfing und bejubelte.

Am Zieleinlauf warteten alle Teambetreuer und Kommandoführer mit Spannung darauf, welches Team als erstes die Ziellinie erreichen würde. In diesem Fall – und zu meinem großen Stolz – sprintete unser Team aus M-V als erstes in die Zielgerade.

Nachdem nun alle Übungen absolviert waren, begann die für alle Teilnehmer, Betreuer und Beobachter spannende Phase des Auszählens der Punkte und Platzierungen. Gegen Abend erfolgte dann die feierliche Siegerehrung.

Diesjähriger Gewinner des Pokals wurde mit deutlichem Abstand und einer hervorragenden Gesamtleistung das Wettkampfteam aus Bielefeld. Nach einer gelungenen Aufholjagd und Dank zweier Siege in der Einzelwertung gelang es unserem Team noch, sich einen Platz auf dem Treppchen zu sichern und den zweiten Platz zu gewinnen. Dritter in der Gesamtwertung wurde die Mannschaft aus Hamburg.

Einen würdigen Abschlussrahmen der Wettkampftage bildete die vom SEK Schleswig-Holstein organisierte Feier,



bei der letztlich allen Beteiligten der Stolz auf die erbrachten Leistungen und die Erleichterung über die überstandenen Strapazen anzumerken war. Das SEK Schleswig-Holstein hat einen hervorragenden, inhaltlich ausgeglichenen und perfekt organisierten Wettkampf veranstaltet, der alle Erwartungen erfüllte. Unser Dank gilt allen Organisatoren und Teilnehmern, die durch ihre Leistungen zum Gelingen des Ganzen beigetragen haben. Mein persönlicher Respekt gilt den Wettkampfteams für ihren Einsatz, ihre Leistungen und ihren Siegeswillen. Meinen persönlichen Dank möchte ich auch unseren eigenen Kollegen aussprechen, die sich mit hartem Training innerhalb und außerhalb des Dienstes auf diesen Wettkampf vorbereitet und unser Kommando und unser Land würdig vertreten haben.

LANDESVORSTAND

*Wir wünschen euch
und euren Angehörigen
ein frohes Weihnachtsfest und
einen guten Start in das Jahr
2011*

Euer GdP-Landesvorstand

SENIOREN

Seniorenweihnachtsfeier

Wir erinnern auf diesem Wege jetzt schon an die Seniorenweihnachtsfeier der Kreisgruppen Neubrandenburg und Rostock. Die Neubrandenburger laden für den 5. Dezember 2010 ihre Senioren recht herzlich ein und die Seniorenweihnachtsfeier der Kreisgruppe Rostock findet am 17. Dezember 2010 statt.

Bei Interesse meldet euch rechtzeitig bei euren KG-Vorständen an.

